

Ruhrgebiets-AG

“Soziale Grundrechte – stoppt die Sozialräuber!”

c/o Bahnhof Lgdr. Wallbaumweg 108, 44894 Bochum, Kontakt: G. Nierstenhöfer, 02325-793400

Mai 2003

**Im Visier von Unternehmern, rot-grüner Regierung und Opposition:
Lohnabhängige, Alte, Kranke, Arbeitslose**

Unsere Wut wächst – auf zum aktiven, offenen Wider- stand gegen die Zerschlagung der Reste des „Sozialstaates“! Stoppt Schröder!

**am 17. Mai nach Berlin* und
am 21. Juni in Dortmund / Herne***

Blut-Schweiss-und-Tränen-Apelle aus dem Kanzleramt! Eine “große Koalition für Entrechtung” – bestehend aus Rot-Grün, Gelb-Schwarz, Unternehmern und einem guten Teil der Konzern-Medien – will “Sozialabbau jetzt!”

Angekündigt sind unter anderem:

- “Zusammenlegung” von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau,
- die Streichung des Arbeitslosengeldes nach maximal 12 bis 18 Monaten,
- Lockerung des Kündigungsschutzes,
- weitere Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen,
- fast völliger Streichung der Fördermittel für länger Erwerbslose und Jugendliche,
- “Herausnahme” von wichtigen Leistungen aus der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) - unter anderem die **Streichung des Krankengeldes** und die Einführung einer privaten Unfallversicherung.
- Die Grünen wollen in ihrem Amoklauf gegen die

angeblich zu hohen “Lohnnebenkosten” auch die paritätische Finanzierung der GKV durch Arbeitende und Unternehmer in Frage stellen (“Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags”).

- Die Forderungen des Arbeitgeberpräsidenten Hundt - einer Ausbildungsgarantie nur zuzustimmen bei Einschnitten in Kündigungsrecht, Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen, Lohnerhöhungen unterhalb der Produktivitätssteigerung und Senkung der Sozialversicherungsbeiträge – diese Forderungen der Kapitaleseite sind im großen Ganzen auch die Programmatik von Schröder und Clement.

Die von Schröder geplanten Einschnitte für Arbeitslose, im Gesundheitswesen und im Arbeitsrecht sind zweifelsohne die brutalsten und folgenreichsten, die je eine deutsche Nachkriegsregierung in Angriff genommen hat – es sind Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme, die vor ihm noch kein Bundeskanzler gewagt hat!

“Hätte nicht Schröder, sondern die CDU/CSU ein solches Programm angekündigt, stünde die Republik in Flammen” (so der CSU-Politologe Weidenfeld in der ARD-Sendung “Report München”)

“Schröder verlangt Opfer von allen”

titelte kürzlich die WAZ.

Von allen? Von allen - außer den wirtschaftlich Herrschenden natürlich. Jene sind von Rot-Grün fast schon zur gemeinnützigen Klasse erklärt worden. Sie werden wie immer die Profiteure sein. **Auf jedwede Einforderung der “Sozialpflichtigkeit” des Kapitals wird gänzlich verzichtet.**

Gleichzeitig wird der Druck auf die Opfer der Krise (v.a. auf die Erwerbslosen) und damit der Konkurrenzkampf um ein völlig unzureichendes Arbeitsplatzangebot weiter erhöht!

Der erfolgreiche Sozialabbau in der letzten Wahlperiode sowie die Verschärfungen für Erwerbslose zum 1.1.03 hat die Regierenden nicht ruhen lassen – im Gegenteil. Im Januar u. Februar d.J. haben die Arbeitsämter auf ‚Weisung‘ von ganz oben durch infame Straffaktionen (vgl. WAZ 4/03) fast 20 % mehr Arbeitslosen das Geld mehr gekürzt als im Jahr zuvor mit dem Ziel der Einsparung um 2,9 Mrd. €. Es kursieren ‚Hitlisten‘ für MitarbeiterInnen der Arbeitsämter über Anzahl der Sperrzeiten und Einsparung von Geldern !

Weil der **Sozialraub** bisher relativ problemlos über die Bühne ging (wofür Clement die Gewerkschaften

ausdrücklich lobte), setzt Rot-Grün jetzt nach. Immer angestachelt durch die **Großoffensive bestimmter Medien “gegen den Einfluss der Gewerkschaften und ihre sozialpolitische Bremserfunktion” !**

Eine besonders brisante Konsequenz haben im neuen Hartz-Konzept die sog. **“Personal-Service-Agenturen“ (PSA)**. Sie bedeuten: **Verarmung und Repression für Erwerbslose und Beschäftigte.**

Darüber hinaus zeigt die bisherige Praxis der Leiharbeit: In der Regel werden fast 40 % weniger als der Tarif- bzw. der ortsübliche Lohn gezahlt. **Auf dem ersten Arbeitsmarkt werden dadurch aber kaum Arbeitsplätze geschaffen!**

Alles läuft auf den Austausch von Festangestellten durch LeiharbeiterInnen hinaus.

Denn die Erhöhung des Drucks bei gleichzeitiger Leistungsreduzierung bezweckt hauptsächlich eines: die Erwerbslosen (vor allem die, die länger ohne Job sind) mit allen Mitteln aus dem Leistungsbezug zu drängen.

Ostdeutschland ist das bisher größte und nahezu geschlossene Versuchsgebiet für Niedriglöhne. Hier wird fast flächendeckend 40 % unter Westniveau gezahlt. Dennoch geht der Arbeitsplatzabbau dort rasant weiter !

Wir meinen: jetzt reicht's endgültig!

- **Der Widerstand an der Basis wächst !** (schaut Euch die massenhaften Protestresolutionen aus Betrieben, Gewerkschaften und auch Parteien im Internet an unter www.labournet.de). **Wir müssen jetzt unseren Widerstand gemeinsam mit allen dazu bereiten GewerkschafterInnen, Parteiunzufriedenen und Unorganisierten in die Betriebe und auf die Straße bringen !**
- **SPD-Mitglieder, lasst Euch vom Parteivorsitzenden und Kanzler Schröder nicht erpressen – an Euern Taten werdet Ihr gemessen !**
- **Es ist durchaus genug Geld da:** Der Staat verzichtet jährlich auf fast 75 Mrd. € (ca. 30 Mrd. nicht eingezogene Steuern bei Betrieben aus Mangel an Prüfern, ca. 20 Mrd. Vermögens-/Erbschaftssteuern auf große Vermögen, ca. 25 Mrd. Körperschaftssteuer). Ganz zu schweigen von der Hinnahme der Steuerhinterziehung von ca. 400 Mrd. ins Ausland verschobenen ‚Schwarz-Euro‘ !!!
- Die AG **“soziale Grundrechte – stoppt die Sozialräuber”** – eine Gruppe von parteiunabhängigen GewerkschafterInnen und sozial Interessierten aus dem ganzen Ruhrgebiet - **trifft sich jeden ersten Montag im Monat, 18 Uhr, im „Zentrum Bahnhof Langendreer“ Bochum.** Inzwischen haben sich überall in Deutschland Sozial- und Anti-Hartz-Initiativen gebildet. Aktuelles auch bei www.labournet.de.

(*) Zum 17. Mai rufen ver.di und Erwerbslosenorganisationen zu einer großen Protest- und Widerstandskundgebung in Berlin auf ! Vermutlich am 21. Juni wird eine größere regionale Protest- und Widerstandsaktion in Dortmund und/oder Herne stattfinden ! (beachtet Presse-Infos! Fahrtmöglichkeiten nach Berlin: bei den örtlichen ver.di-Geschäftsstellen jetzt Bus-Plätze nachfragen!!)

Wir stehen am historischen Wendepunkt. Noch ist das Verarmungsprogramm der Regierung nicht durch! Handeln wir gemeinsam und solidarisch – handeln wir jetzt! Stoppen wir Schröder!